

**AUSSCHUSS FÜR UMWELT,
ENERGIE UND VERKEHR DER
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
- Die Vorsitzende -**

Marburg, 19.03.2008

Geschäftsstelle:

Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur
Herr Jochen Friedrich
Barfüßerstraße 50
Tel.: 2 01 - 4 05
E-Mail: umwelt@marburg-stadt.de

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung

**am Dienstag, 22.05.2007, 18:00 Uhr,
35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt**

ein. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.04.2007
- 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
- 3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage
Vorlage: VO/1278/2007
- 4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Sperrung der Barfüßerstraße für den Autoverkehr an Samstagen
Vorlage: VO/1284/2007
- 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste
Vorlage: VO/1290/2007
- 6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Saubere Stadt
Vorlage: VO/1352/2007
- 7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Selbstverpflichtung aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis, hier: Klimaschutzbeauftragte/r
Vorlage: VO/1356/2007
- 8 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Baumann
Vorsitzende

Anlagen



Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1278/2007 öffentlich 12.04.2007 12.04.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 2007 bezüglich des oben genannten Antrags wird wieder aufgehoben

Begründung:

Eine Grundlage für den Beschluss ist nicht gegeben:

Das Heizkraftwerk ist nicht ehemalg. Es gehört nach wie vor dem Land Hessen und wird von der Universität betrieben. Es versorgt sowohl die Universitätseinrichtungen auf den Lahnbergen als auch, durch Vertrag geregelt das Klinikum, mit Wärme und Heißwasser. Die Stadt bzw. die Stadtwerke sind zurzeit in keiner Weise zuständig oder beteiligt.

Wenn über neue Konzepte nachgedacht werden soll, muss zunächst die Zuständigkeit geklärt werden. D. h. Stadt, Land und Universität müssen sich zusammensetzen, um zu entscheiden, ob man überhaupt gemeinsam Lösungen anstreben will. Alternativen sind, dass Universität und Rhönklinikum gemeinsam die Versorgung zukünftig übernehmen oder ob die komplette Übernahme des Heizwerks durch einen Investor sinnvoller ist. Ein solcher Investor könnten z.B. die Stadtwerke sein, allerdings müsste sich das auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung ergeben.

Einige Anmerkungen zur Vergangenheit: 2004 haben die Stadtwerke bereits zu einem symbolischen Preis von 1 DM das Heizkraftwerk am Ortenberg von der Universität übernommen. Nicht übernommen wurden die z. T. maroden Fernleitungen für Wärme, die immer noch in der Zuständigkeit des Landes sind. Das Heizkraftwerk versorgt die meisten Universitätsgebäude in der Stadt und reicht bis zum Tannenberg.

Nach einer Grundsanierung des Heizkraftwerks durch die Stadtwerke erhöhten sich die Wärmekosten der Universität drastisch. Wegen der damals noch gültigen Kameralistik belasteten diese Kosten aber nicht die Universität direkt, sondern flossen in den Landeshaushalt ein.

Diese Situation ist heute anders und die Universität muss auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Fakten entscheiden.

Außer Zweifel steht, dass das etwa 40 Jahre alte Heizkraftwerk saniert und modernisiert werden muss.

Konkret sind zurzeit Verhandlungen zwischen Universität und Rhönklinikum über den gemeinsamen Bau eines neuen bzw. Renovierung des alten Kraftwerks. Bestandteil dieser Gespräche ist auch der Einsatz regenerativer Energien, d.h. Biomasse. Sie kann aber höchstens zur Erhaltung der Grundlast eingesetzt werden. Diese beträgt etwa 10 – 12 MW.

Die im Antrag geforderten direkten Gespräche zwischen Stadtwerken und Rhönklinikum und dann noch mit Kapitalbeteiligung Marburger BürgerInnen entbehren jeder realen Grundlage.

Ebenso unsinnig ist der in der Begründung formulierte Vorschlag zum Bau eines Blockheizkraftwerkes. Wie man leicht hätte erfragen können, sind die technischen Voraussetzungen für ein Blockheizkraftwerk nicht gegeben.

Um die nötigen Wärmemengen zu transportieren ist das Leitungsnetz für Heißwasser mit Temperaturen von 140 bis 160 °C ausgelegt. Ein Blockheizkraftwerk, wenn es wirtschaftlich arbeiten soll kann aber nur Warmwasser mit etwa 100 °C erzeugen.

Wegen des Fehlens jeglicher Grundlagen wird die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, den Beschluss zu widerrufen.

gez. Dr. Hermann Uchtmann

gez. Heinz Ludwig



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1284/2007 öffentlich 13.04.2007 13.04.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Sperrung der Barfüßerstraße für den Autoverkehr an Samstagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.06.02 mit dem Tenor:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Barfüßerstraße und Marktgasse an Samstagen von 10-16 h für den Autoverkehr zu sperren und entsprechende Kontrollen durchzuführen“ nunmehr möglichst umgehend umzusetzen.

Begründung :

An Samstagen sind die Fußgängerzone in der Oberstadt und in ihrer räumlichen Fortsetzung auch die Marktgasse und die Barfüßerstraße durch viele bummelnde und einkaufende Menschen außerordentlich belebt.

Der dennoch zugelassene PKW-Verkehr erweist sich als sehr störend und insbesondere auch für Eltern mit Kindern als Stressfaktor, nicht zuletzt, da die sonst übliche klar erkennbare Autoverkehrssituation nicht gegeben ist. Die regelmäßige Sperrung dieser Straßen anlässlich besonderer Veranstaltungen und in der Adventszeit zeigt, dass der Anwohnerverkehr dennoch auf anderen Wegen die Oberstadt erreichen und verlassen kann.

Die samstägliche Sperrung wäre im übrigen auch kundenfreundlicher, weswegen die Vertretung der dort ansässigen Geschäftsleute sie bereits 1999 gefordert hat.

Einen entsprechenden Prüfantrag der Fraktion PDS/Marburger Linke hatte das Stadtparlament im Winter 1999/2000 befürwortet.

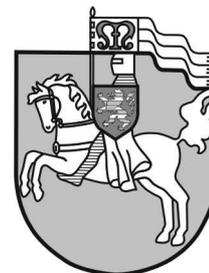
Der erneute Antrag der Fraktion PDS/Marburger Linke mit obigem Tenor (ergänzt durch die vom Stadtverordneten Dr. Musket eingebrachte Formulierung: „und entsprechende Kontrollen durchzuführen „) wurde am 12.06.02 von der Mehrheit angenommen.

Ein weiterer Antrag der Fraktion Marburger Linke vom 08.02.06 zur Umsetzung des Beschlusses wurde für erledigt erklärt, da die Umsetzung alsbald erfolgen werde.

Erfolgt ist bisher noch immer nichts.

Henning Köster

Birgit Schäfer



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1290/2007 öffentlich 17.04.2007 17.04.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zusammen mit den Stadtwerken der Stadt Marburg den vom EU-Ministerrat ausgehandelten Kompromiss über eine Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (EU-Kom 319/2005) dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr inhaltlich zu erläutern und die voraussichtlichen Auswirkungen darzustellen.

Begründung:

Ganz entgegen den bisherigen Tendenzen auf europäischer Ebene, mehr Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr zu forcieren, sieht der Entwurf des Verkehrsministerrates Ausnahmen für Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit eigenen Verkehrsunternehmen vor.

Kommunen mit eigenen Verkehrsunternehmen sollen nun entscheiden können, ob sie die Verkehrsleistungen direkt an die eigenen Unternehmen vergeben oder ausschreiben wollen. Diese für Marburg positive Kehrtwendung auf EU-Ebene lässt hoffen, dass die Liberalisierungsmaßnahmen im ÖV der stadteigenen Verkehrstochter Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) – wie Leistungseinschränkungen, Vergaben an externe Firmen mit Dumpingpreisen, Qualitätsverluste etc. - nun doch nicht in dem befürchteten Ausmaß umgesetzt werden müssen.

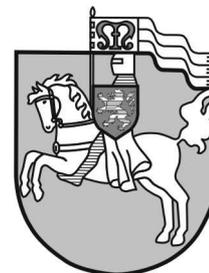
Was der neue Entwurf des Verkehrsministerrates aber für die Stadt Marburg und das stadteigene Verkehrsunternehmen bedeutet und welche Auswirkungen zu erwarten sind, wurde bislang nicht diskutiert und sollte deshalb den Stadtverordneten in der kommenden Ausschusssitzung vermittelt werden.

Dabei sollte sowohl die Bewertung aus Sicht des Verkehrsunternehmens wie auch von Seiten der Stadt Marburg dargestellt werden. Die endgültige Verabschiedung der Verordnung wird noch im Laufe der deutschen EU-Präsidentschaft erwartet. Die Stadt Marburg sollte darauf vorbereitet sein, um Anregungen noch rechtzeitig in die entsprechenden Gremien einbringen zu können.

Pit Metz

Eva Gottschaldt

Universitätsstadt Marburg



Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/1352/2007 Status: öffentlich Datum: 09.05.2007 Eingang: 09.05.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der CDU-Fraktion betr. Saubere Stadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Magistrat wird aufgefordert,

in den geplanten Nachtragshaushalt 2007 für die Haushaltsstelle 6750 5430 00 einen Betrag von 200.000 € für die nächsten 6 Monate einzustellen, damit der DBM für eine saubere Stadt Marburg Sorge tragen kann.

Der zusätzliche Betrag ist dem DBM für Reinigungsdienste zur Verfügung und frei zu stellen.

Begründung:

Wie bereits schon mehrfach von der CDU gefordert, so soll dem wichtigen und richtigen Ansinnen des SPD Ortsvereins Marburg Mitte (wie in der MNZ vom 02. Mai zu lesen ist) Rechnung getragen werden und finanzielle Mittel für eine bessere Reinigung und somit saubere Stadt Marburg eingestellt werden.

Die Forderung des SPD Ortsvereins ist richtig und eine saubere und somit auch attraktivere Stadt ist für Touristen anziehender als eine vom SPD Ortsverein genannte Dreckecke wie z. B. die Enge Gasse oder andere verdreckte Bereich der Innenstadt.

Die seit Jahren zurückgefahrenere Bereitstellung von Mitteln für die Straßenreinigung geben unserem Stadtbild keine positive Ausstrahlung. Um dem entgegen zu wirken ist die dringende Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln notwendig.

Hermann Heck

Karin Schaffner

Roger Pfalz

Philipp Stompfe



Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1356/2007 öffentlich 10.05.2007 10.05.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Selbstverpflichtung aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis, hier: Klimaschutzbeauftragte/r

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Bei der Stadt Marburg wird die Stelle eines/r Klimaschutzbeauftragten geschaffen.
2. Die Stelle wird zum 1.1. 2008 besetzt.
3. Der Magistrat wird verpflichtet, bis der StVV bis zum 30. August eine detaillierte Stellenbeschreibung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stellenausschreibung erfolgt auf der Grundlage des Beschlusses der StVV.

Begründung:

Der UN-Klimabericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* zeigt, dass ein weltweiter Klimawandel stattfindet. Er zeigt auch auf, dass sofort auf allen politischen Ebenen gehandelt werden muss, wenn die drohenden Folgen des Klimawandels beherrschbar bleiben sollen.

Die Universitätsstadt Marburg ist auf Initiative der Marburger Linken Mitglied im „Klimabündnis“. Mit dieser Mitgliedschaft hat sich die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg verpflichtet, kommunalen Klimaschutz als Querschnittsaufgabe kommunalpolitischen Handelns in Marburg zu verankern. So heißt es in Absatz 2 der „10 Schritte für den kommunalen Klimaschutz“:

Zuständigkeiten für Klimaschutz schaffen

Da der Klimaschutz nicht zu den Pflichtaufgaben von Städten und Gemeinden gehört und für die meisten ein neues Handlungsfeld ist, muss dafür eine Zuständigkeit in Kommunalpolitik und -verwaltung geschaffen werden. Diese sorgt für die Konzeption der Klimaschutzstrategie sowie –während der Umsetzung – für eine effektive Koordination zwischen den verschiedenen beteiligten Verwaltungsbereichen. Da Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, sollte die Stelle ein Mitspracherecht bei allen klimarelevanten sektoralen Planungen (z.B. Bauleitplanung, Verkehrsplanung, bei Sanierung/Neubau von kommunalen Gebäuden) sowie ein eigenes Budget erhalten.“

Die Auswertung der Beteiligung Marburgs am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ zeigt, dass vor allem im konzeptionellen Bereich Nachholbedarf hat. Die Schaffung einer Stelle eines/r Klimaschutzbeauftragten ist ein erster Schritt, um die konzeptionellen Schwächen Marburgs zu überwinden.

Peter Metz

Birgit Schäfer